

**Vorlage für die Sitzung der
STÄDTISCHEN Deputation für Inneres und Sport
am 25.02.2015**

Vorlage Nr. 18/262

Zu TOP 8.1 der Tagesordnung

Bericht und Antrag der städtischen Deputation für Inneres und Sport zum Antrag der Fraktion der CDU „Sicherheit in Bremen-Nord verbessern“ (Drucksache 18/603S)

A. Problem

Die Fraktion der CDU hat am 28.08.2014 den Antrag „Sicherheit in Bremen-Nord verbessern“ (Drucksache: 18/606S) in der Bremischen Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) gestellt:

„In Bremen-Nord kommt es immer wieder zu Vorfällen, die das Sicherheitsgefühl der Bürger stark beeinträchtigen. Selbst wenn statistisch die Anzahl der bekanntgewordenen Straftaten sinkt, bedeutet dies nicht zeitgleich, dass sich die Bürger in ihrem Umfeld sicher fühlen. Teilweise haben sie Angst, zur dunkeln Tageszeit ihre Wohnungen und Häuser zu verlassen, meiden bestimmte Orte und fühlen sich schnell in ihrer Sicherheit beeinträchtigt.

Gerade solche Vorfälle wie nach dem Finale der Fußballweltmeisterschaft, wo wahllos vorwiegend jugendliche und heranwachsende Täter eine Gaststätte attackieren, in der sich Bürger aufhalten und friedlich den Gewinn des WM-Titels durch die Deutsche Fußballnationalmannschaft feiern, zeigen, dass es in Bremen-Nord eines ressortübergreifenden Handlungsansatzes bedarf, um die strukturell vorhandenen Probleme zu lösen.

Genauso erschreckend für die Bürger in Bremen-Nord ist es, wenn am gleichen Abend eine Gruppe junger Männer zwei Polizeiwagen samt der darin befindlichen Polizeibeamten angreift, dabei unter anderem die Heckscheibe einschlägt, die Beifahrertür aufreißt und versucht das Fahrzeug umzukippen.

Der Staat darf sich nicht zurückziehen, nicht vor dem Mob fliehen und rechtsfreie Räume zurücklassen. Dadurch entsteht ein Respektsverlust der Täter gegenüber dem Staat und den Polizeibeamten, und die Bürger verlieren ihr Vertrauen auf den Bestand der öffentlichen Sicherheit, deren Gewährleistung einer der wichtigsten Aufgaben des Rechtsstaates ist.

Gelingt dem Staat dies nicht, kommt es immer wieder zu offenen Auseinandersetzungen, die auf den Bremer Straßen ausgetragen werden. Dabei geraten beispielsweise zwei Großfamilien in eine Schlägerei, an der sich letztendlich 50 Personen beteiligen und teilweise mit Messern aufeinander einstechen. Die vor Ort befindliche Polizei kann diese Auseinandersetzung mangels ausreichender Personal- und Materialausstattung nicht verhindern und wird selbst angegriffen. Erst nachdem weitere unterstützende Kräfte,

unter anderem aus Niedersachsen, am Einsatzort eintreffen, gelingt es, die Situation wieder unter Kontrolle bringen.

Unsere Polizeibeamten können für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit eine besondere Wertschätzung und Respekt erwarten; häufig ist jedoch das Gegenteil der Fall. Die Polizeibeamten sehen sich Gewalt und massiven Beleidigungen ausgesetzt. Die Polizei benötigt neben der Verankerung in der Mitte der Gesellschaft und der Rückendeckung der Justiz jedoch auch die Anerkennung und den Rückhalt der Politik, die leider zu oft fehlen.

Die Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) fordert den Senat auf,

1. das erarbeitete Sicherheitskonzept für Bremen-Nord endlich umzusetzen,
2. ein funktionierendes ressortübergreifendes Handlungskonzept für Bremen-Nord zu entwickeln, um die strukturell vorhandenen Probleme in den Stadtteilen zu lösen,
3. an kriminellen Brennpunkten eine Videoüberwachung einzuführen,
4. eine ausreichende Anzahl von Polizeibeamten in Bremen-Nord vorzuhalten,
5. zur Bekämpfung von einzelnen Deliktfeldern langfristig ein Schwerpunktteam in Bremen-Nord einzusetzen und
6. Straftaten schneller und konsequenter als bisher zu verfolgen und zu ahnden.“

Die Bremische Bürgerschaft (Stadt) hat den Antrag der Fraktion der CDU (Drucksache 18/606 S vom 28. August 2014) „Sicherheit in Bremen-Nord verbessern“ in ihrer Sitzung am 23.09.2014 zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Inneres und Sport überwiesen.

B. Lösung

Als Anlage 1 beigefügt ist der Bericht und Antrag der städtischen Deputation für Inneres und Sport zum Antrag der Fraktion der CDU "Sicherheit in Bremen-Nord verbessern".

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle oder personalwirtschaftliche Auswirkungen; Genderprüfung

Keine.

E. Beteiligung / Abstimmung

Der Bericht wurde mit der Senatskanzlei, der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, der Senatorin für Bildung und Wissenschaft, dem Senator für Justiz und Verfassung, sowie dem Senator für Bau, Umwelt und Verkehr abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet nach Beschlussfassung

G. Beschlussvorschlag

1. Die staatliche Deputation beschließt den Bericht des Senators für Inneres zum Antrag der Fraktion der CDU "Sicherheit in Bremen-Nord verbessern".
2. Die staatliche Deputation für Inneres und Sport bittet den Senator für Inneres und Sport um Zuleitung des Berichtes an den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft (Landtag).